

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Höcherl, Kiechle, Bewerunge, Eigen, Dr. Ritz, Susset, Röhner
und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU**

**betr. Änderung des Umsatzsteuergesetzes zum Nachteil der deutschen
Landwirtschaft**

Durch das Steueränderungsgesetz 1973 ist § 10 Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Umsatzsteuergesetzes geändert worden. Mit dieser Änderung wird die bisherige Umsatzsteuerfreiheit für Zuschüsse aus öffentlichen Kassen mit Wirkung vom 1. Juli 1973 aufgehoben.

Diese Maßnahme hat zur Folge, daß eine Anzahl von Zuschüssen und Beihilfen im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft umsatzsteuerpflichtiges Entgelt werden. Solche Zuschüsse und Beihilfen werden vom Bund, den Bundesländern und den Europäischen Gemeinschaften gewährt. Sie sind teilweise Bestandteil der im Rahmen der EG-Agrarmarktordnungen für die Landwirtschaft festgelegten Agrarpreise. Unterliegen diese Zuschüsse der Umsatzsteuerpflicht, so kommen sie in Höhe der Umsatzsteuer dem Landwirt nicht zugute. Das wiederum wirkt sich negativ auf die Einkommen der Landwirte aus. Eine solche Auswirkung widerspricht jedoch dem Sinn und Zweck derartiger Zuschüsse. Außerdem führt die Umsatzsteuerbelastung zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften.

Ungewißheit besteht auch darüber, ob und inwieweit das neue Umsatzsteuerrecht Beihilfen im agrarstrukturellen und agrarsozialen Bereich berühren wird.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Ist die Änderung des § 10 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes, die in der ursprünglichen Regierungsvorlage zum Steueränderungsgesetz 1973 nicht enthalten war, zwischen den beteiligten Ressorts – vor allem mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – abgestimmt gewesen?
2. Welche Auswirkungen und in welcher Höhe sind für die Land- und Ernährungswirtschaft, vor allem in den Bereichen

- Agrarprodukte und Dienstleistungen,
 - Beihilfen im sozialen Sektor,
 - Beihilfen im strukturellen Sektor und
 - bei sonstigen Beihilfen
- zu erwarten?
3. Hält die Bundesregierung es mit der Zweckbestimmung der durch die Europäischen Gemeinschaften beschlossenen und gewährten Zuschüsse im agrarischen Bereich für vereinbar, wenn diese Zuschüsse nunmehr der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und somit das Einkommen der Landwirte mindern?
 4. Kann die Bundesregierung angeben, ob und inwieweit durch die Änderung des § 10 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften Wettbewerbsverzerrungen auftreten, und wie sind ggf. die Auswirkungen?
 5. Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung den für die deutsche Landwirtschaft durch die Besteuerung öffentlicher Zuschüsse entstehenden Schaden abwenden?

Bonn, den 3. August 1973

Höcherl
Kiechle
Bewerunge
Eigen
Dr. Ritz
Susset
Röhner
Dr. Früh
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Prassler
Dr. Ritgen
Sauter (Epfendorf)
Carstens, Stücklen und Fraktion